

T-1 Vorschlag Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand Grüne Jugend
Beschlussdatum: 11.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1 Formalia
- 2 TOP 2 Kampagnen Antrag
- 3 TOP 3 Bestätigung Teams
- 4 TOP 4 Nachtragshaushalt
- 5 TOP 5 Verschiedene Anträge
- 6 TOP 6 Sonstiges

V-1 Für eine gerechte und solidarische Migrationspolitik: Menschlichkeit statt Abschottung

Gremium: Fachforum Europa und Globales
Beschlussdatum: 21.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Wir als GRÜNE JUGEND fordern, für eine gerechte und solidarische Migrations- und
2 Integrationspolitik einzustehen.

3 In der Vergangenheit ist auf deutscher und europäischer Ebene viel schlecht
4 gelaufen: bürokratische Hindernisse, lange, und teilweise menschenunwürdige
5 Lebensverhältnisse fehlende finanzielle Mittel, sowie der fehlende politische
6 Wille führen dazu, dass die Integration der Menschen, die in Deutschland und
7 Europa Zuflucht finden, unnötig erschwert wird. Hinzu kommt eine immer stärker
8 auf Abschottung fokussierte Politik in Europa.

9 Die Debatte in Deutschland ist von menschenfeindlichen und populistischen Ideen
10 dominiert. Sie wird durch gezielte Desinformationskampagnen geprägt und wird der
11 Notwendigkeit einer solidarischen Migrationspolitik nicht gerecht.

12 Wir fordern Politik für alle Menschen zu machen und den Schwerpunkt der Debatte
13 auf die Verbesserung der Integration sowie auf die Verbesserung der
14 Fluchtumstände und der wirksamen Bekämpfung der Fluchtursachen zu legen, anstatt
15 dem Rechtspopulismus, der die Migration begrenzen möchte, nachzugeben.

16 Das Recht auf ein faires und unvoreingenommenes Asylverfahren, mit zeitnahen
17 Entscheidungen, ist für das Ankommen und Einleben in Deutschland Voraussetzung
18 und muss das politische Ziel sein. Das umfasst unter anderem den barrierearmen
19 Zugang zu Bildung und Wohnraum, sowie Arbeitserlaubnis, Sozialleistungen und
20 soziale Teilhabe.

21 Deutschland und Europa müssen sich dafür einsetzen, sichere Fluchtwege zu
22 schaffen. Das Sterben auf dem Mittelmeer muss beendet und Seenotrettung
23 vollständig legalisiert werden. Zudem lehnen wir das Konzept der "sicheren
24 Drittstaaten" ab. Auch das Konzept der "sicheren Herkunftsländer" sollte
25 kritisch hinterfragt werden.

26 Deutschland und Europa haben im Bereich der globalen Partnerschaft eine
27 besondere Verantwortung. Neben der solidarischen Migrations- und
28 Integrationspolitik muss der Fokus zusätzlich auf der Bekämpfung der
29 Fluchtursachen liegen - Dieser Verantwortung können Deutschland und Europa
30 bereits jetzt teilweise gerecht werden, indem nötige finanzielle Mittel in
31 ausreichender Höhe entsprechend bereitgestellt werden.

32 Unser Ziel ist ein offenes Europa und jetzt wo unsere Selbstverständlichkeit von
33 (rechten) Populist*innen bedroht wird, liegt es an uns, dieses zu schützen und
34 zu verwirklichen.

35 Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar. – Rücken wir die Menschlichkeit
36 wieder in den Fokus der Gesellschaft und der Debatte!

Begründung

Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass die "Debatte" um Migration immer weiter von rechts eingenommen wird, immer weiter verhärtet und im Zentrum der Diskussion nicht mehr die eigentlichen Fragen der Migrations- und Integrationspolitik stehen. Wir wollen der Debatte eine Position von links entgegensetzen. Zusätzlich ist der letzte Antrag zu diesem Thema der Grünen Jugend schon länger her. Daher möchten wir mit euch das Thema, auch mit Blick auf die Bundestagswahl, besprechen.

V-2 8. Mai als bundesweiter Feiertag: Erinnerung und Verantwortung stärken

Gremium: Landesvorstand Grüne Jugend Hamburg
Beschlussdatum: 21.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Der Länderrat möge beschließen:

2 1. Der 8. Mai als bundesweiter Feiertag:

3 Die Grüne Jugend bekräftigt, dass der 8. Mai, der Tag der Befreiung von
4 Faschismus und Weltkrieg, bundesweit ein offizieller Feiertag werden muss. Der
5 Bundesvorstand wird aufgefordert, sich für die notwendige Gesetzesänderung
6 einzusetzen.

7 2. Bildung und Aufklärung stärken:

8 Die Grüne Jugend verstärkt die Öffentlichkeits-, Presse- und Bildungsarbeit auf
9 Bundesebene zu den Ursachen, Mechanismen und Folgen von Faschismus sowie zur
10 Rolle von Widerstand und Befreiung. Insbesondere im Hinblick auf den 80.
11 Jahrestag der Befreiung im Jahr 2025 sollen in Kooperation mit
12 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Bildungseinrichtungen bundesweite
13 Bildungsangebote entwickelt werden.

14 3. Einbindung der Zivilgesellschaft:

15 Die Grüne Jugend unterstützt die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen
16 und Verbänden, die sich für die Erinnerung an den 8. Mai sowie für den Kampf
17 gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus einsetzen, und kommt im Rahmen
18 der Bündnisarbeit mit diesen Initiativen und Verbänden in den Austausch.

Begründung

Der 8. Mai 1945 markiert das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs in Europa. Er ist ein Tag der Befreiung, der uns an die Opfer des Faschismus erinnert und unsere Verantwortung

für eine demokratische und offene Gesellschaft betont. Angesichts des Rechtsrucks in Deutschland und weit darüber hinaus ist es unsere Aufgabe, diesen Tag stärker ins Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken. Ein Feiertag am 8. Mai ist ein klares Signal für das Bekenntnis zu einer vielfältigen, solidarischen und antifaschistischen Gesellschaft. Die Erinnerung an die Schrecken des Faschismus und die Bedeutung des Widerstands muss Teil unseres politischen und kulturellen Handelns bleiben

V-3 Israel und Palästina: Humanität und Menschenrechte für alle!

Gremium: Landesvorstand Grüne Jugend Hamburg
Beschlussdatum: 21.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Humanität und Menschenrechte für alle

2 Am 07. Oktober 2023 haben die islamistische Terrororganisation Hamas, der
3 Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und weitere kleinere Gruppen
4 einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit
5 tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist*innen. Diese Angriffe
6 sind auch Angriffe auf Israel als Schutzraum jüdischen Lebens. Dieser brutale
7 Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

8 Gerade deshalb sind wir solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen,
9 die seit Jahren unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und
10 gerade jetzt instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden
11 Palästinenser*innen, die im vergangenen Jahr verletzt wurden oder getötet wurden
12 oder sich nun, teilweise zum wiederholten Male, auf der Flucht befinden.
13 Weiterhin braucht es dringend sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen
14 alle in der Region Verantwortung.

15 Die Bilder der letzten Wochen werden immer brutaler wie jene vom Al-Aqsa
16 Krankenhaus. Menschen, die in den Flammen bei lebendigem Leibe verbrennen. Eine
17 gewaltige Welle an Empörung bleibt aus. Die Menschen sind abgestumpft, erwarten
18 eine konstante Steigerung des Leids. Wir sagen: Zehntausende Tote, die meisten
19 davon Frauen und Kinder, ist Leid genug! Das israelische Militär hat große Teile
20 des Gazastreifens in Schutt und Asche gelegt. Besonders betroffen sind davon
21 Zivilist*innen. Die Hamas versteckt sich hinter Zivilist*innen, womit sie das
22 internationale Völkerrecht bricht und nutzt Fallen, um Soldat*innen auf
23 brutalste Art und Weise zu töten. Trotzdem zeigen verschiedene Umfragen, dass
24 nach wie vor mehr als die Hälfte aller Menschen in Gaza den Terrorangriff auf
25 Israel für richtig halten. Der Hass in der Region ist spürbar. Eine langfristige
26 Konfliktlösung muss dies berücksichtigen. Neueste Berichte werfen auch dem
27 israelischen Militär vor, Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde zu
28 nutzen, und die Äußerungen von einzelnen rechtsextremen Regierungsmitgliedern
29 entmenschlichen Palästinenser*innen.

30 Dieser Krieg zeigt auf, welche Wirkungen Desinformationskampagnen haben. Es
31 braucht jetzt sicheren unabhängigen Journalismus im Gazastreifen, der über die
32 grausame Lage neutral berichten kann. Darüber hinaus sind auch deutsche Medien
33 aufgefordert, ihre Fakten zu prüfen und nicht auf die Propaganda der Hamas und
34 Israels hineinzufallen und diese zu reproduzieren. Darüber hinaus werden
35 Zivilist*innen Spielball mehrerer Kriegsparteien gleichzeitig und deshalb muss
36 der Schutz dieser ein Fokus bei der Konfliktlösung sein.

37 Dabei verursachten die israelischen Verteidigungsmaßnahmen und
38 Vergeltungsangriffe nach dem 7. Oktober 2023, bei denen mindestens 1200
39 Zivilist*innen getötet und 239 entführt wurden, besonders im Gazastreifen, eine
40 humanitäre Katastrophe, die tausende zivile Opfer forderte und wesentliche
41 Infrastruktur zerstörte. Wir begrüßen, dass die EU eine Luftbrücke zur
42 Versorgung der Menschen in Gaza eingerichtet hat und erwarten weiterhin von
43 allen in der Region maximale Bereitschaft dazu, die humanitäre Situation zu
44 verbessern. Tatsächlich kommen jedoch bisher zu wenige Güter sicher an, unter
45 anderem da die Hamas Hilfsgüter beschlagnahmt und überteuert an die Menschen
46 verkauft, aber auch weil NGOs und andere Akteure Angst vor Beschuss durch das
47 israelische Militär haben. Die humanitäre Krise im Gazastreifen erfordert
48 sofortige Maßnahmen. Dabei verurteilen wir die Pläne Israels, das UN Hilfswerk
49 UNRWA zu schließen und auf dem Gelände des Hauptquartiers Siedlungen zu
50 errichten zu wollen.

51 Die anhaltende Gewalt muss beendet und eine politische Lösung durch
52 Verhandlungen und die Achtung der Menschenrechte angestrebt werden. Wir fordern
53 die Terrororganisation Hamas deshalb auf, die Waffen niederzulegen, alle
54 verbliebenen Geiseln sofort zu befreien und sicher an Israel zu übergeben, damit
55 auch Israel die Waffen niederlegen kann. Die internationale Gemeinschaft muss
56 Verantwortung übernehmen und Schritte für Frieden und Gerechtigkeit einleiten.

57 **Stoppt das Töten von Zivilist*innen, Deeskalation jetzt!**

58 Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung und Existenz. Es wäre allerdings ein
59 Trugschluss, zu sagen, dass Frieden nur von Israel abhängt. Das Gegenteil ist
60 der Fall: Israel ist umgeben von antisemitischen Terrororganisationen und
61 deshalb ist es wichtig, dass Israel sich verteidigen darf und kann. Immer wieder
62 wird der Vorwurf eines Genozids von Israel an den Palästinenser*innen erhoben.
63 Deshalb fordern wir die schnelle Aufklärung durch unabhängige Organisationen und
64 zuständige Gerichte während und nach dem Konflikt. Bis dahin geht es darum, dass
65 der Konflikt nicht weiter eskaliert, wobei dies genau die Realität ist. Israel
66 reagiert auch auf Angriffe aus dem Iran oder der Hisbollah im Libanon mit
67 militärischen Gegenmaßnahmen, die auch die Zivilbevölkerung treffen. Wir haben
68 Angst vor weiterer Eskalation und Leid in der Zivilbevölkerung.

69 Während wir den Kampf gegen die Terrororganisationen Hamas, Hisbollah und das

70 iranische Unrechtsregime unterstützen, sehen wir die derzeitige Kriegsführung
71 durch die rechtsextreme Regierung Israels sehr kritisch.

72 Wir fordern den Bundesvorstand der Grünen Jugend auf:

73 Der Bundesvorstand der Grünen Jugend setzt sich für folgende Forderungen in der
74 Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsarbeit und in Gesprächen mit bündnisgrünen
75 Akteuren und Verantwortungsträger*innen ein:

- 76 1. Für Frieden, Sicherheit und Freiheit im Nahen Osten fordern wir eine
77 ZweiStaaten-Lösung und das sofortige Ende der völkerrechtswidrigen
78 Siedlungspolitik in den palästinensischen Autonomiegebieten.
- 79 2. Auf die EU, UNO und Arabische Liga einzuwirken, einen sofortigen
80 umfassenden Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas zu erwirken und
81 den ungehinderten humanitären Zugang in den Gazastreifen zu ermöglichen.
- 82 3. Sich mit Nachdruck für die Achtung der Menschenrechte, des humanitären
83 Völkerrechts und der Genfer Konventionen für die Palästinenser
84 einzusetzen.
 - 85 ◦ Die Grüne Jugend wird Bildungsarbeit zur Verfügung stellen, die sich
86 kritisch mit den Verflechtungen des Unrechtsregimes im Iran, den
87 Terrororganisationen Hisbollah und Hamas sowie der Regierung und
88 Politik Israels, der Geschichte des Nahost Konflikts und einer
89 Lösung dessen auseinandersetzt.
- 90 4. Die Bundesregierung aufzufordern, als Bundesrepublik Deutschland Palästina
91 als Staat offiziell anzuerkennen.

92 **Wir weisen Rassismus entschieden zurück!**

93 Wir als Grüne Jugend sehen aber, dass unser Wirksamkeitsbereich auf Deutschland
94 beschränkt ist. Doch auch hier macht sich der Krieg bemerkbar. Antisemitismus
95 und antimuslimischer- und antiarabischer Rassismus sind auf einem Hoch, wie
96 lange nicht mehr. Dabei zeigt sich besonders eine Entsolidarisierung gegenüber
97 unseren muslimischen, arabischen und jüdischen Mitmenschen. Wir verurteilen
98 diskriminierende Handlungen, ob antisemitisch oder anti-muslimisch, und bedauern
99 deren Anstieg seit den Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023.

100 Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf
101 diejenigen, die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feierten, im
102 vergangenen Jahr immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt
103 wurde, ist schäbig: In Deutschland lebenden Muslim*innen kollektiv zu

104 unterstellen, die Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch.

105 Selten haben sich Menschen aus der muslimischen, arabischen sowie jüdischen
106 Community so alleine und ausgegrenzt gefühlt. Dazu kommt eine Politik, die
107 ständig gegen Migrant*innen hetzt. Sei es Friedrich Merz, der gegen
108 migrantisierte Taxifahrer hetzt, eine CSU, die antimuslimisches
109 Propagandamaterial herstellt, das an dunkelste Zeiten erinnert, oder Grüne, die
110 eine Asylrechtsverschärfung nach der anderen durchwinken. Auch die zunehmenden
111 Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus wird nicht
112 durch die Beteiligung an rassistischen Debatten bekämpft. Antimuslimischer
113 Rassismus ist keine Strategie gegen Antisemitismus! Antisemitismus ist nicht
114 „importiert“!

115 Wir sagen: Es reicht! Dieser Teufelskreis der Hetze gegen Muslim*innen darf
116 nicht weiter befeuert werden. Die Gefahr von rechts richtet sich nicht nur gegen
117 Jüd*innen, sondern auch gegen Migrant*innen und viele andere marginalisierte
118 Gruppen. Deutschland hat ein echtes Problem mit Islamismus. Anstatt dieses
119 entschlossen anzupacken, wird weiterhin ein Keil durch die Gesellschaft
120 getrieben, der Menschen nur noch weiter in die Radikalisierung treibt. Statt
121 Populismus braucht es jetzt eine solidarische und integrierende Politik!

V-4-NEU1 Überall Krieg, nirgendwo Schutz

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 25.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Schaut man heute in die Nachrichten, so herrscht gefühlt überall auf der Welt
2 Krieg. Ob Ukraine, Sudan oder Nahost: Bei kriegerischen Auseinandersetzungen
3 geht es immer um Verteilungskonflikte. Um Macht, die vor allem einzelne Männer
4 über Staatsgebiete ausüben wollen.

5 Als Jugendorganisation in Deutschland stehen wir bei allen kriegerischen
6 Konflikten auf der Seite der Zivilbevölkerung und setzen uns für den Schutz von
7 Menschenleben und den Schutz eines Lebens in Würde für alle Menschen ein. Zudem
8 ist es unsere Pflicht, in Deutschland auf Leiden aufmerksam zu machen und
9 entschieden bei Diskriminierungen einzuschreiten. Die Antwort auf kriegerische
10 Auseinandersetzungen darf niemals mehr Spaltung und die Verengung von
11 Diskursräumen sein. Unsere Migrationsgesellschaft muss die vielfältigen,
12 unterschiedlichen Perspektiven anerkennen, die auch aufgrund von biografischen
13 Prägungen mitunter voneinander abweichen. Grundlage für all unsere
14 gesellschaftlichen Diskussionen muss dabei der Konsens sein, dass die Würde
15 aller Menschen unantastbar ist und alle Menschen unabhängig von ihrer
16 Religionszugehörigkeit und ihres ethnischen Hintergrundes gleich an Rechten
17 sind.

Slava Ukraini

19 Putins Russland bestrafte den Freiheitsdrang und das Streben der Ukraine, Teil
20 der europäischen Gemeinschaft zu werden, durch die Annexion der Krim und den
21 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ostukraine. Seit mehr als zehn Jahren
22 führt Russland nun diesen Krieg gegen die Ukraine und gegen die europäische
23 Friedensordnung. Russland ist der Aggressor und daher auch der Staat, der sich
24 mit jedem weiteren Tag, den dieser Krieg andauert, weigert, das sinnlose Töten
25 endlich zu beenden. So lange das der Fall ist, muss Deutschland die Ukraine
26 politisch in ihrem Selbstbestimmungsrecht und militärisch mit Waffenlieferungen
27 unterstützen, bis die Ukraine ihr gesamtes Staatsgebiet wieder selbstbestimmt
28 verwalten kann. Dazu gehört auch, dass die Ukraine das Recht haben muss,
29 militärische Ziele in Russland anzugreifen, um sich selbst vor weiteren

30 Angriffen zu schützen.

31 Die Ukraine kämpft nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die
32 europäischen Werte von Demokratie, Menschenrechten und Frieden. Die
33 Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union sollten daher weiter
34 vorangetrieben werden.

35 Die internationale Staatengemeinschaft muss die Ukraine darin unterstützen, das
36 Land jetzt als auch nach dem Ende des Angriffskriegs wieder aufzubauen.

37 Putins System betreibt seit spätestens 2014 einen Parallelkrieg, bei dem
38 Desinformation als Waffe genutzt wird, um westliche Demokratien zu
39 destabilisieren, die Gesellschaft zu spalten und die Unterstützung für die
40 Ukraine zu untergraben. Falschbehauptungen wie die "Bedrohung durch die NATO"
41 oder ein angeblicher Genozid dienen dazu, Russlands Aggression zu rechtfertigen
42 und Zweifel an den Positionen der Personen und Akteur*innen zu säen, die für
43 Freiheit, echte Demokratie und Selbstbestimmung eintreten. Plattformen müssen
44 verpflichtet werden, gezielte Desinformation zu löschen und ihre Algorithmen
45 transparenter zu gestalten. Zudem sind russische Propagandamedien wie RT und
46 Sputnik dauerhaft zu sperren, während faktenbasierte, unabhängige Medien
47 gestärkt werden. Es ist Zeit für klare Maßnahmen, um Desinformation zu bekämpfen
48 und unsere Demokratien zu schützen.

49 Gleichzeitig ist uns bewusst, dass auch viele Menschen in Russland unter der
50 Tyrannei des Regimes leiden. So sollte beispielsweise kein Mensch jemals zum
51 Kriegsdienst gezwungen werden dürfen. Deshalb sind wir als GRÜNE JUGEND
52 solidarisch mit allen, die gegen Putins Herrschaft und seinen Krieg ankämpfen.

53 **Frieden im Nahen Osten**

54 Als GRÜNE JUGEND verurteilen wir den brutalen Angriff der Hamas auf Israel und
55 bekräftigen das Existenzrecht Israels. Wir fordern die internationale
56 Gemeinschaft auf, die Hamas zu zerschlagen sowie zur Rechenschaft zu ziehen und
57 drängen auf die sofortige Freilassung aller Geiseln und einen Waffenstillstand
58 in Gaza.

59 Das Vorgehen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen beobachten wir mit
60 großer Sorge und unterstützen eine unabhängige Untersuchung möglicher
61 Völkerrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Humanitäre Organisationen warnen
62 vor einer akuten Hungersnot für die palästinensische Bevölkerung. 70% der
63 Gebäude im Gazastreifen sind zerstört. Gleichzeitig schränkt die israelische
64 Regierung nachweislich die Zufuhr von Hilfsgütern ein. Als GRÜNE JUGEND fordern
65 wir die israelische Regierung auf, die Lieferung humanitärer Hilfe ungehindert
66 in den Gazastreifen zuzulassen.

67 Nicht nur im Gazastreifen, sondern auch in Libanon leidet die Bevölkerung unter
68 den Kämpfen zwischen der islamistischen Hisbollah und dem israelischen Militär.
69 Dabei verstärkt der Konflikt die wirtschaftliche Notlage im Land. In der
70 Auseinandersetzung zwischen Israel und der vom Terrorregime im Iran
71 unterstützten Hisbollah muss es darum gehen, die Zivilbevölkerung zu schützen –
72 besonders die 1,2 Millionen Menschen in Libanon, die aktuell auf der Flucht
73 sind. Wir unterstützen die internationalen Bestrebungen nach einem
74 Waffenstillstand in Libanon und fordern die internationale Gemeinschaft ebenso
75 auf, sich für eine Lösung einzusetzen, die der israelischen Zivilbevölkerung
76 eine sichere Rückkehr in den Norden des Landes ermöglicht.

77 Die fortgesetzte illegale Siedlungspolitik und die völkerrechtswidrige Besatzung
78 der Westbank sowie die Gewalt durch rechtsradikale Siedler*innen gegen
79 palästinensische Zivilist*innen müssen sofort beendet werden. Die aktuelle
80 Politik der israelischen Regierung trägt zu einer Eskalation der Gewalt bei und
81 untergräbt die Chance auf eine dauerhafte Friedenslösung.

82 Anhaltende Sicherheit für Israelis wird nur möglich sein, wenn es auch
83 anhaltende Sicherheit für Palästinenser*innen gibt, und umgekehrt. Daher geben
84 wir die Vision nicht auf, dass beide friedlich Seite an Seite in zwei Staaten
85 leben.

86 Die Pläne der in Teilen rechtsextremen israelischen Regierung, Teile der
87 Westbank zu annektieren und damit die Zwei-Staaten-Lösung noch weiter zu
88 verunmöglichen, verurteilen wir. Eine adäquate politische Reaktion wäre die
89 Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates einschließlich des
90 Gazastreifens sowie die Sanktionierung relevanter Vertreter*innen der
91 Siedlerbewegung.

92 Aber nicht nur in der Region hat der Krieg seit dem 07.10.2023 Auswirkungen. Es
93 ist beängstigend und absolut inakzeptabel, wenn sich Jüd*innen in Deutschland
94 nicht mehr ohne weitreichende Sicherheitsmaßnahmen trauen, ihr Leben zu
95 gestalten. Gleichzeitig sehen wir auch einen erheblichen Anstieg von anti-
96 muslimischem Rassismus. Dieser darf, genauso wie jede andere Form von Hass und
97 Ausgrenzung, in unserer Gesellschaft niemals toleriert werden. In der GRÜNEN
98 JUGEND hat jede Form von Rassismus und Antisemitismus keinen Platz.

99 **Krieg um Ressourcen im Sudan**

100 Der wohl größte in Deutschland kaum thematisierte Krieg spielt sich derzeit im
101 Sudan ab. Dabei geht es um einen Konflikt über den Zugang zu den
102 wirtschaftlichen Ressourcen des Landes, wie zum Beispiel den Zugang zu den
103 endlichen Ressourcen Gold und Öl, der auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen
104 wird. Weil Autokraten und paramilitärischen Gruppen Machtspiele spielen, leidet
105 die Bevölkerung des Landes unter der größten humanitären Katastrophe der Welt:

106 mehr als die Hälfte hungert (26 Millionen Menschen), die medizinische Versorgung
107 ist vielerorts zusammengebrochen und über 13 Millionen Menschen befinden sich
108 auf der Flucht vor dem Krieg. Zehntausende Zivilist*innen wurden getötet oder
109 verletzt.

110 Beide Kriegsparteien begehen zudem erschreckende Menschenrechtsverletzungen. Es
111 geht unter anderem um Kriegsverbrechen wie sexualisierte Gewalt, Folter,
112 Misshandlungen, Mord und Verstümmelung. Aktuell gibt es quasi keine Möglichkeit,
113 humanitäre Hilfe ins Land zu bringen, da beide Kriegsparteien auch humanitäre
114 Akteure und deren Mitarbeitenden ins Visier nehmen.

115 Wir setzen uns für die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen über einen
116 Waffenstillstand ein. Die Unterstützer der Konfliktparteien müssen aufhören, den
117 Konflikt durch Waffenlieferungen zu verstärken und der Zugang für humanitäre
118 Hilfe muss von den Konfliktparteien gewährleistet werden. Für einen etwaigen
119 Friedensprozess ist die Beteiligung der sudanesischen Zivilgesellschaft an
120 diesem essenziell.

121 **Kurdische Freiheitskämpfe unterstützen: Jin, Jiyan Azadi!**

122 Unter dem Leitspruch "Jin, Jiyan, Azadi", der für Frau, Leben und Freiheit
123 steht, haben sich insbesondere die Kämpfer*innen der syrisch-kurdischen YPG der
124 Terrororganisation des IS entgegengestellt. Die kurdischen Siedlungsgebiete im
125 Nordostensyriens sowie im Norden des Iraks und die Shingal-Region auf dem Gebiet
126 des Zentraliraks sind jedoch seit 10 Jahren anhaltender Schauplatz gezielter
127 Destabilisierung und kriegerischer Handlungen.

128 Die GRÜNE JUGEND fordert die Bundesregierung zu einer klaren Haltung gegen die
129 kriegerischen Aktivitäten des NATO-Partners Türkei in Syrien und im Irak auf.
130 Auch fordert die GRÜNE JUGEND Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen.

131 Die neue Dynamik für einen mögliche Wiederbelebung des türkisch-kurdischen
132 Friedensprozesses ist aus unserer Sicht ein Hoffnungsschimmer, den Deutschland
133 durch eine starke, internationale Rolle begleiten sollte. Auch deswegen ist die
134 Bundesregierung aufgefordert, sich für die Freilassung aller politischen
135 Gefangenen in der Türkei, einzusetzen und dies zur Bedingung jedweder
136 Kooperation mit der Republik Türkei zu machen.

137 Wir fordern die Bundesregierung auf, diplomatische Beziehungen zu den kurdischen
138 Autonomiebehörden im Nordosten Syriens aufzunehmen. Diese Region hat die
139 Menschheit vor dem Terror des IS gerettet und verdient unsere politische
140 Unterstützung, insbesondere bei Sicherung und Strafprozessen von IS-Tätern.

141 Wir unterstützen die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der kurdischen

142 Autonomieregierung im Nordirak. Die Präsenz der Bundeswehr in Erbil gilt es
143 langfristig zu sichern, um die Region in ihrer Sicherheit zu unterstützen. Die
144 anhaltende Destabilisierung der Region durch den Iran verurteilen wir scharf.
145 Die Bundesregierung sollte mit ihren Partnern in Kurdistan-Irak eine gemeinsame
146 Strategie gegen die Einflussnahme des Irans entwickeln.

147 10 Jahre nach dem Völkermord an den Jesiden durch den IS ist die Shingal Region
148 im Zentralirak immer noch nicht sicher für eine umfassende Rückkehr der vielen
149 Hunderttausenden Binnenvertriebenen. Die Bundesregierung und die internationale
150 Staatengemeinschaft müssen Sicherheit und Frieden für Shingal zur Priorität
151 ihrer Irakpolitik machen. Alle externen Akteure,, müssen aufhören, das
152 ursprüngliche Siedlungsgebiet der Jesiden als Spielfeld ihrer politischen
153 Machtkämpfe zu nutzen. Die GRÜNE JUGEND setzt sich für eine umfassende
154 Aufarbeitung von IS-Verbrechen ein. Das Ende der UNITAD-Mission auf Druck der
155 pro-iranischen Kräfte im Irak bleibt ein Skandal. Jetzt gilt es die Aufarbeitung
156 von IS-Verbrechen auf anderen Wegen zu unterstützen.

157 **Solidarität hat kein Ablaufdatum: Bergkarabach**

158 Angesichts der fortdauernden prekären Situation der, vor dem aserbaidischen
159 Angriff aus Bergkarabach geflüchteten, Armenier*innen, der Zerstörung des
160 armenischen kulturellen Erbes in Bergkarabach und der fortdauernden Bedrohung
161 der Existenz Armeniens und der Sicherheit der armenischen Bevölkerung durch das
162 Alijew-Regimes, erneuern wir unsere Forderungen, die wir im Rahmen des Antrages
163 "Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach" auf dem 57. Bundeskongress
164 beschlossen haben. Wir verurteilen auch weiterhin den aserbaidischen
165 Angriff auf Bergkarabach und sind solidarisch mit den aus Bergkarabach
166 Geflüchteten, den Menschen in Armenien sowie der migrantisch-armenischen
167 Community in Deutschland.

168 **Oberste Prioritäten: Schutz und Umsetzung des Völkerrechts**

169 Es ist an der Zeit, dass Bündnis 90/Die Grünen sich konsequent für ein sicheres
170 Zuhause für alle Menschen in Konfliktgebieten einsetzt. Dazu braucht es gezielte
171 Aufnahmeprogramme und die mehr als einmalige Anwendung der europäischen
172 Massenzustromsrichtlinie als zentrale Instrumente. Gleichzeitig müssen sichere
173 Fluchtwege geschaffen werden, um Menschen in Not zu unterstützen

174 Wer in Deutschland Schutz gefunden hat, muss auch hier sicher sein.
175 Abschiebungen – insbesondere in Kriegs- und Krisengebiete – stehen klar im
176 Widerspruch zu den Werten der GRÜNEN JUGEND. Stattdessen fordern wir verstärkt
177 Aufnahmeprogramme, die Menschen aus gefährdeten Regionen eine langfristige
178 Perspektive bieten.

179 Es ist zudem unerlässlich, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung
180 gerecht wird und Hilfsgüter in Krisen- und Kriegsgebiete liefert. Besonders in

181 Regionen, die von anhaltenden Konflikten betroffen sind, sind solche Lieferungen
182 oft überlebenswichtig.

183 Humanitäre Hilfe darf dabei nicht an politische oder wirtschaftliche Interessen
184 geknüpft sein, sondern muss den Menschen in den betroffenen Gebieten direkt
185 zugutekommen. Nur durch eine Kombination aus Schutz, Aufnahmeprogrammen und
186 humanitärer Unterstützung kann Deutschland seiner Rolle als solidarischer Akteur
187 in der internationalen Gemeinschaft gerecht werden.

188 Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu einer Politik, die fest auf den Grundwerten
189 der universellen Menschenrechte, der Demokratie und des humanitären Völkerrechts
190 basiert und sich gleichzeitig für globale Gerechtigkeit und eine Überwindung des
191 postkolonialen Erbes der europäischen Nationalstaaten einsetzt.

192 Die Vereinten Nationen und deren Institutionen, sind zentrale Säulen einer
193 völkerrechtsbasierten Ordnung und müssen von uns gegen Angriffe verteidigt
194 werden. Wir verpflichten uns, in unserer Außenpolitik eine faktenbasierte,
195 menschenrechtsorientierte und regelbasierte Herangehensweise zu verfolgen, um
196 den Frieden und die Freiheit in Gegenwart und Zukunft zu bewahren.

197 **Unsere Verantwortung als GRÜNE JUGEND**

198 Selbstverständlich sind die hier thematisierten nicht die einzigen
199 (kriegerischen) Konflikte auf dieser Welt. Ob Afghanistan, Äthiopien oder
200 Nigeria, unsere Grundprinzipien bleiben die gleichen.

201 Als Jugendverband sind wir nicht die richtigen Ansprechpersonen, um alle
202 kriegerischen Konflikte zu beenden. Trotzdem sind wir in einem sicher: Wir
203 stehen zu jeder Zeit und in jedem Konflikt an der Seite der Zivilbevölkerung und
204 rufen zu deren Schutz auf. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist auch
205 während kriegerischen Konflikten nicht verhandelbar, sondern oberstes Gut. Unter
206 Kriegen und Konflikten leiden marginalisierte Menschen immer am stärksten, ihr
207 Schutz ist dabei nie zweitrangig. Egal in welchem Konflikt, Hunger und
208 sexualisierte Gewalt werden immer wieder als Kriegswaffe missbraucht. Niemals
209 darf das geduldet werden.

210 Daher stehen wir an der Seite derer, die sich weltweit für ein Leben in
211 Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung einsetzen. Wir sind solidarisch mit
212 allen, die sich gegen die globale Rückkehr faschistischer Herrschaft einsetzen.
213 Demokratien müssen überall auf der Welt geschützt werden. Bei all dem sind wir
214 als GRÜNE JUGEND jedoch nicht machtlos. Auch wenn es nicht unsere Aufgabe ist,
215 konkrete Lösungsvorschläge für Konflikte zu formulieren und realisieren, können
216 wir uns doch auf die politischen Verantwortlichen in Deutschland und Europa

217 Druck ausüben und uns so für eine deutsche und europäische Außenpolitik
218 einsetzen, die sich ihrer Mitverantwortung für das Schicksal vieler Menschen und
219 der globalen Ungerechtigkeiten bewusst ist, Fehler aufgearbeitet und nach den,
220 in diesem Antrag formulierten Prinzipien handelt.

221 Wir werden gemeinsam für einen globalen Antifaschismus, einen echten Frieden in
222 Freiheit und grenzenlose Solidarität eintreten!

V-5 Solidarität statt Rechtspopulismus: Für eine diskriminierungsfreie Sprache im Wahlkampf!

Antragsteller*in: Jan Schmid, Ocean Renner
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Am 23. Februar wird ein neuer Bundestag gewählt. Als Grüne Jugend stellen wir
2 uns einem sprachlichen Überbietungswettkampf von rechts entschieden entgegen.
3 Jede demokratische Partei hat eine große Verantwortung, den politischen und
4 gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten. Sprache schafft Realität. Wir erleben
5 seit Monaten einen massiven Rechtsruck in der politischen Debatte, der
6 insbesondere marginalisierte Menschen stark trifft. Gleichzeitig nimmt die
7 Zustimmung zu islamfeindlichen und antisemitischen Aussagen in der Gesellschaft
8 stark zu. Wir fordern die Grünen, insbesondere Funktionsträger*innen, dazu auf,
9 diskriminierungsfreie Sprache zu verwenden und keine rechtspopulistischen
10 Erzählungen aufzugreifen. Gerade mit Blick auf den Wahlkampf ist das besonders
11 wichtig. Wir als Grüne Jugend stehen für eine Zukunft, in der alle Menschen
12 sicher, selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können und in der alle
13 Menschen, die Schutz suchen, auch Schutz bekommen. Aktuell sehen wir oft, wie
14 Politiker*innen demokratischer Parteien rechtspopulistische Narrative
15 aufgreifen, insbesondere in der Migrationspolitik und Queerpolitik. In den
16 vergangenen Wochen haben auch Vertreter*innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen
17 mehrfach Aussagen getätigt, die für uns als Grüne Jugend inakzeptabel sind.

18 Ein Beispiel hierfür ist die Verwendung des Slogans: "Make Green Great Again".
19 Wir können nicht nachvollziehen, warum der zentrale Wahlkampfsspruch einer Person
20 übernommen wird, die frauenfeindliche, klimaskeptische und faschistische
21 Positionen vertritt, um für die grüne Partei zu werben. Das ist inakzeptabel!
22 Wir fordern daher eine klare Entschuldigung und eine eindeutige Abgrenzung von
23 derartigen Aussagen.

24 Ein weiteres Beispiel ist die Reduktion von Schutzsuchenden und
25 Asylbewerber*innen auf Personen, die in Deutschland "ihr Glück suchen" und die
26 "wir gebrauchen können" z.B. weil sie für uns in Pflegeheimen arbeiten sollen.
27 Viele Menschen suchen in Deutschland und Europa nicht einfach nur eine neue
28 Arbeitsstelle, sondern Schutz vor politischer Verfolgung und Krieg! Diese
29 Tatsache sollte in jedem grünen Interview über Asyl- und Migrationspolitik
30 gewürdigt werden. Menschen nur auf ihre Nützlichkeit zu reduzieren, ist
31

32 entmenschlichend. Wenn im selben Atemzug von Rechten gesprochen wird, die
33 "verwirkt werden", dann müssen wir als Grüne Jugend dem entschieden
34 entgegentreten und sagen: "Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Ein
35 Menschenrecht kann nicht verwirkt werden!" Aussprüche von Rechten, die
36 "verwirkt" würden, erinnern an das rechte Narrativ vom "verwirkten Gastrecht".
37 Menschen, die in Deutschland Schutz suchen und sich hier ein Leben aufbauen,
38 sind keine Gäst*innen, die wir nach Belieben rausschmeißen können. Sie sind
39 unsere Mitmenschen und dementsprechend sollten wir sie auch in unserer Sprache
40 behandeln! Auch hier erwarten wir eine deutliche Entschuldigung und eine
Distanzierung von dieser Sprache.

41 Noch ein Beispiel ist ein Post einer Spitzenpolitikerin auf der Plattform "X",
42 in dem als Reaktion auf den Anschlag von Solingen gesagt wird, man habe ja zum
43 Glück schon geregelt, dass Abschiebungen auch nachts und ohne Vorankündigung
44 stattfinden können. Hier wird eine aus unserer Sicht problematische Verknüpfung
45 von Sicherheitspolitik und Migrationspolitik hergestellt. Diese Verknüpfung
46 schürt rassistische Vorurteile gegen geflüchtete Menschen und stellt sie unter
47 Generalverdacht. Zudem bedeuten nächtliche und unangekündigte Abschiebungen ein
48 retraumatisierendes Erlebnis für die Betroffenen. Dass der Post inzwischen
49 gelöscht wurde, reicht nicht aus. Es braucht auch hier eine Entschuldigung für
50 die Verwendung rassistischer Narrative.

51 Darüber hinaus verurteilen wir, dass in einem Antrag zur 50. BDK, der von
52 zahlreichen grünen Spitzenpolitiker*innen unterstützt wurde, neben vielen
53 inhaltlichen Punkten, die wir als Grüne Jugend ablehnen - wie der Auslagerung
54 von Asylverfahren in Drittstaaten - von der "Reduzierung ungesteuerter
55 Zuwanderung" geschrieben wird. Das Narrativ von Migration als vermeintlich
56 ungesteuerter "Gefahr", die "reduziert" werden müsse, ist für uns befremdlich,
57 da auch hier unschuldige Menschen unter Verdacht gestellt und entmenschlicht
58 werden. Migration ist eine Realität und sie kann nicht ohne massive
59 Menschenrechtsverstöße "reduziert" werden. Wir als Grüne Jugend treten diesem
60 Narrativ entschieden entgegen.

61 Bündnis 90/Die Grünen müssen für einen Politikstil stehen, der für alle Menschen
62 da ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie stärkt.
63 Bündnisgrüne Politik muss sich daran messen lassen, wie viel Sicherheit sie für
64 marginalisierte Gruppen bietet. Eine antirassistische Sprache kann hier nur
65 einen Anfang darstellen.